

Osttimor

Botschaften weisen Flüchtlinge ab

Sieben Osttimoresen, die seit dem Massaker von Santa Cruz im November 1991 vor der Armee auf der Flucht waren, haben Ende Juni vergeblich in der Finnischen und der Schwedischen Botschaft in Jakarta um Asyl gebeten. Die sieben Flüchtlinge wurden mit der Begründung abgewiesen, ihnen könnte nur in den Ländern selbst, jedoch nicht in den Botschaften geholfen werden. 10 Tage blieben die drei, die in der schwedischen Vertretung Zuflucht gesucht hatten, im Botschaftsgebäude und baten zumindest um Hilfe zur Ausreise, die ebenfalls versagt wurde. Als Vermittler war der Menschenrechtsaktivist Haji Princen aufgetreten, in dessen Haus sich einige der Flüchtlinge - unter ständiger Bewachung des Militärs - inzwischen aufhalten.

Nach Ansicht von TAPOL scheint insbesondere Schweden, das z.B. in Santiago in den 70er Jahren zahlreichen Pinochet-Gegnern durch seine Botschaft die Ausreise ermöglichte, ängstlich bedacht, keine Mißstimmung mit Indonesien aufkommen zu lassen: Schweden hat gerade von der Indonesischen Regierung einen Auftrag über den Bau von drei Kraftwerken erhalten.

vgl. TAPOL No.118, August 1993, S.3ff

Nicht mehr lebenslänglich für Xanana Gusmao

Im Zuge der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 17.August verkündete Präsident Suharto die Reduzierung der Haftstrafe für FRETILIN-Führer Gusmao. St. lebenslänglich muß Gusmao nun 20 Jahre Haft verbüßen. Für gute Führung und Kooperation mit den Behörden kann er das Gefängnis schon im Jahre 2005 verlassen. Beobachter werten diese "Wohllöwen" als Politur für Indonesiens international angekratztes Menschenrechtssimage.

vgl. AW 1.9.1993, S.30

Öl mit Hubschraubern bezahlt

Als Gegenleistung für den Import von iranischem Öl im Wert von 120 Mio. Dollar bot Indonesiens Forschungsminister Habibie der Regierung in Teheran 7 Hubschrauber aus dem heimischen IPTN-Werk an. Der Iran ging darauf ein. Nach Angaben von Habibie sollen die Hubschrauber nicht für militärische Zwecke verwendet werden.

vgl. Indonesia Report No.5/93, S.10

Wiedergutmachung von Japan gefordert

Fast 13.000 indonesische Frauen und Männer haben sich mit der Forderung nach Wiedergutmachung von seiten Japans bei der Rechtshilfeorganisation LBH registrieren lassen. Nach Angaben von LBH wurden viele der Männer gezwungen, für die Japaner zu arbeiten oder gar auf japanischer Seite zu kämpfen. Die Frauen wurden Opfer von Zwangsprostitution. Die Japanische Regierung hat sich bei Indonesien bereits offiziell für seine Kriegstaten entschuldigt.

MD v. 12.8.1993, S.7; Editor v. 21.8.1993

- Anzeige -

Die Rote Hilfe 3/93

Themen: Ein deutscher Sommer: Der Mord an W. Grams; "Kampfunfähig schießen ist Quatsch" - zur Rolle der GSG9; § 218-Urteil; Geiselnahme in München; Spendengelder = Schutzgelderpressung?; Asyl "recht"; Europol; Schüsse in Kopenhagen; VS-Gesetz in Brandenburg; Neue Prozesse gegen RAF-Gefangene

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel



Verbote-Verbote

In Surabaya untersagte die Polizei eine Ausstellung, die in Gedanken an die Arbeiterin Marsinah gezeigt werden sollte. Zu den Gästen, die von der Ausstellungseröffnung den frühzeitigen Heimweg antreten mußten, gehörte auch der amerikanische Generalkonsul.

In Yogyakarta wurde eine Diskussionsveranstaltung über das von der Rechtshilfeorganisation LBH herausgegebene Buch "Demokrasi di balik keranda" (etwa: Die Demokratie unter dem Sargdeckel) verboten. Die Herausgabe des Buches war bereits offiziell genehmigt worden.

vgl. Tempo vom 21.8.1993, S.228

Bulldozer gegen Bewohner

Das Thema Landkonflikte ist ein Dauerbrenner in Jakarta. Mit der Verzweiflung über den drohenden Verlust der eigenen vier Wände wächst auch der Widerstand: 10 Stunden wehrten sich 500 Familien in Tanah Tinggi mit Barrikaden gegen Bulldozer und einen Stoßtrupp gegen "Unruhestifter". Die ca. 2000 Personen wollten ihre Häuser nicht verlassen, die einer Reihenhaussiedlung weichen sollten. Die Behörden hatten den Familien die neuen Häuser sogar als Ersatz angeboten: zu einem Preis, der fast dreimal so hoch lag wie die Entschädigung und für die Bewohner, die vornehmlich als Kleinhändler arbeiten, absolut unakzeptabel war. 10 Personen wurden festgenommen.

Tempo v. 28.8.1993, S. 34

Amerika verbietet Kauf von Jordanischen F5-Kampfflugzeugen

Nachdem die USA ihre finanzielle Unterstützung Indonesiens im Rahmen des IMET Programms (International Military Education and Training) verringert hatten, verboten sie Jordanien den Verkauf von 5 mit amerikanischer Lizenz produzierten Kampfflugzeugen an Indonesien. Gründe: Das Krisengebiet Ost-Timor und zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen rechtfertigten einen solchen Waffentransfer nicht.

vgl. Tempo v. 21.8.1993, S.28

te, wurde mangelndes Verständnis für die in Indonesien herrschenden Spielregeln vorgeworfen. Bereits im Juli hatte die Clinton-Regierung Indonesien und fünf andere Länder gewarnt, sie würden ihre Handelsvorteile verlieren, wenn sie nicht innerhalb des nächsten halben Jahres die Situation der Fabrikarbeiter deutlich verbessern würden.

vgl. FEER v. 12.8.1993, S.14 und JP v. 30.7. u. 5.8.1993

Militär-Übergriff gegen islamische Sekte

Mit 5 Lastwagen voller Soldaten attackierte das indonesische Militär die 20 Mitglieder einer islamischen Sekte, die zurückgezogen in Sinargalih, West Java, lebten. Nachdem ein Sektenmitglied den Bewohner eines Nachbardorfs angegriffen hatte, von dem er sich belästigt fühlte, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese suchte Verstärkung beim Militär. Sektenführer Manan und drei seiner Leute wurden bei den folgenden Übergriffen getötet, mehrere schwerverletzt, die gesamte Anlage der Sekte, die "Gelber Bambus" genannt wurde, abgebrannt. Der Vorfall entfachte eine Debatte darüber, wie in Indonesien mit religiösen Extremisten umgegangen werde. Das Rechtshilfeinstitut LBH und mehrere islamische Organisationen kritisierten die Vorgehensweise des Militärs: Es habe keine Anzeichen dafür gegeben, daß die Sekte gefährlich gewesen sei. Gewalt hätte auf jeden Fall vermieden werden können.

vgl. AW v. 18.8.1993, S.25; Tempo v. 7.8.1993, S.39f, v.14.8.1993, S.37f

MAS leistet Garuda schlechten Dienst

Scharfe Proteste gegen eine ganzseitige Anzeige der malaysischen Fluglinie MAS im Magazin Newsweek hagelte es von Indonesiens Garuda. Bei einer Untersuchung des Londoner Inflight Research Services über den Service bei 31 Fluglinien landete MAS ganz oben, Garuda hingegen auf Platz 30. Garuda empfand diese Anzeige auf sich gemünzt...

vgl. Tempo v. 24.7.1993, S.33 und v. 21.8.1993, S.93.